

# China

Hans van Ess

Die 101  
wichtigsten Fragen



C·H·Beck

Vorwurf der Steuerhinterziehung, mit dem man ja schon etwas früher hätte herausrücken können, wenn man sich einig gewesen wäre. Hier sieht es danach aus, als habe man sich nach längeren Beratungen mit Rücksicht auf das chinesische Image in der Welt entschieden, Ai Weiwei lieber wegen eines unpolitischen Vergehens anzuklagen, weil dies den Fall Ai auf eine ähnliche Stufe stellt wie den des russischen Oligarchen Chodorkowski. Anders als bei politischen Prozessen kann man die Sache in solchen Fällen von außen kaum beurteilen. Steuerhinterziehung ist das klassische Vergehen, das Chinesen und auch anderen Ostasiaten in Geschichte und Gegenwart immer wieder vorgeworfen worden ist, wenn man sie loswerden bzw. mundtot machen wollte. Auf diesem Gebiet gibt es eine mehr als zweitausendjährige Tradition. Aufgrund der Tatsache, dass Steuern in China bis in die neunziger Jahre hinein kaum erhoben wurden, ist das Steuerwesen heute auch noch nicht so weit ausgeprägt und professionalisiert, dass es immer klar ist, welche Steuern Freiberufler zu zahlen haben. Steuerhinterziehung ist deshalb ein sehr weit verbreitetes Delikt, das nicht immer verfolgt wird – in Fällen wie demjenigen Ai Weiweis ist es jedoch sehr leicht, Evidenz für Inkorrektheiten zu finden. Interessant ist allerdings die Tatsache, dass findige chinesische Mitbürger Ais, die der offiziellen Darstellung offenbar keinen Glauben schenken, angefangen haben, ihm Geldscheine in Form von Papierfliegern ins Haus zu werfen, damit er seine Strafe bezahlen kann. Ziviler Ungehorsam weiß sich auch in China in kreativer Weise zu helfen.

**25. Was ist die Neue Seidenstraße?** Im Herbst 2013 trat Xi Jinping mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, mit gewaltigen Investitionen eine Verbindung zwischen China und der westlichen Welt, aber auch Afrika und Amerika zu schaffen, die auf dem alten Vorbild der Seidenstraße aufbauen sollte, ein Name, den Ferdinand Freiherr von Richthofen in seinen Studien zum kaiserzeitlichen China Ende des neunzehnten Jahrhunderts maßgeblich verbreitet hatte, nachdem er seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vereinzelt benutzt worden war. China war den antiken Römern als das Land bekannt gewesen, aus dem die Seide kam. Der Begriff «Seidenstraße» sollte an den freizügigen Warenverkehr über offene Handelswege in Mittelasien erinnern. Er war interessanterweise schon in den fünfziger Jahren von politischen Führern Chinas aufgegriffen worden, als sie

auf ein für beide Seiten gedeihliches Zusammenleben Chinas mit Afghanistan und anderen zentralasiatischen Staaten hinweisen wollten. In der chinesischen Geschichtsschreibung hatte man nie von einer Seidenstraße gesprochen, sondern stattdessen seit frühester Zeit den Begriff der «Westlande» für einen Gürtel von Ländern verwendet, der sich durch Asien bis nach Byzanz und Ägypten erstreckte und interessanterweise semantisch von der Idee des «Auslandes» deutlich unterschieden war – aber in moderner Zeit bei den an Gleichberechtigung interessierten Staaten Mittelasien sicherlich auf Ablehnung gestoßen wäre. Offiziell trägt die Seidenstraßeninitiative den sperrigen Namen «Wirtschaftsgürtel auf der Seidenstraße und Meereseidenstraße des 21. Jahrhunderts», der, da das Chinesische zu Vierzeichenformulierungen tendiert, zu «Ein Gürtel, eine Straße» (*yi dai yi lu*, Englisch: One Belt One Road, kurz OBOR) beziehungsweise aufgrund der Missverständlichkeit des Worts «eins» zu «Gürtel- und Straßeninitiative» (Englisch: Belt and Road Initiative, BRI) verkürzt wurde.

Tatsächlich soll es bei diesem Infrastrukturprojekt nicht darum gehen, einen einzelnen Gürtel zu bauen, sondern Gelder in verschiedene Streckenabschnitte zu stecken, die nicht alle in ost-westlicher Richtung verlaufen, sondern durch verschiedene Länder führen, mit denen China wirtschaftlich verbunden ist. Ziel ist es, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen und den Wohlstand aller Beteiligten zu vergrößern. Zwei wichtige Teilinitiativen, denen der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang 2014 Vorrang einräumte, waren die Strecken, die China mit Bangladesch, Indien und Myanmar verbinden sollten, sowie der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor. In beiden Fällen geht es um Straßenbau, aber auch um die Einrichtung chinesischer Häfen, zum Beispiel an der Küste von Myanmar oder aber in Sri Lanka, wo die Tatsache, dass die Regierung aufgrund ihrer Unfähigkeit, die Schulden gegenüber China zu bedienen, massiver Kritik ausgesetzt war, nachdem sie Teile des zweitgrößten Hafens des Landes für 99 Jahre an China verpachtete. Während die Arbeiten an Autobahnen für Pakistan auf vielfältige Schwierigkeiten stießen, sind die Investitionen in zentralasiatischen Ländern wie Kasachstan zügig vorangekommen. Mit der Schaffung der 16+1 Gruppe, eines Verbundes Chinas mit ost- und mitteleuropäischen Ländern, hat China eine Reihe dieser Länder auf seine Seite gezogen. Ungarn zum Beispiel konnte mithilfe chinesischen Geldes

eine Autobahn nach Belgrad bauen, und Athen übergab der China Ocean Shipping Company (COSCO) die Verwaltung des Hafens Piräus. Endpunkt der Neuen Seidenstraße im Westen soll Duisburg sein, eine Stadt, die über den wichtigsten Binnenhafen Europas verfügt und die chinesische Initiative als Ausweg aus dem schwierigen Strukturwandel begrüßt: 120 Güterzüge aus China treffen monatlich in Duisburg ein, wo ihre Waren umgeschlagen werden.

Natürlich gibt es besonders in westlichen Ländern, aber auch in Afrika, Kritik an der Initiative, die im Vorwurf des Neokolonialismus gipfelt. Anrainer wie Japan oder Indien fürchten, dass sie auf wichtigen Handelsrouten ausgebootet werden, und Vertreter der Europäischen Union, dass Europa auseinanderdividiert werden könnte, wenn ein Land nach dem anderen in wirtschaftlicher Kooperation mit China Nutzen sieht. Als Italien im März 2019 als erstes Land der G7 dem Seidenstraßenprojekt offiziell beitrug, sahen sich führende deutsche und französische Politiker kurz darauf genötigt, auf die Gefahren hinzuweisen, die damit verbunden seien. Doch wird nur die Zukunft erweisen können, ob sich die riesigen chinesischen Infrastrukturmaßnahmen am Ende als ein in sich stimmiges Großprojekt mit logischem Aufbau erweisen werden oder ob es eher als ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen unter einem großen Schirm enden wird, aus dem Kredite abgerufen werden können, deren Rückzahlung manchen leichtfallen, ärmere Länder, vor allem wenn sie rohstoffarm sind, aber immer wieder vor Probleme stellen wird.

**26. Welchen Status genießt Hongkong in der Volksrepublik China?** China hatte Großbritannien die Insel Hongkong nach dem ersten Opiumkrieg bedingungslos zugestanden. Nachdem den Engländern nach dem zweiten Opiumkrieg im Jahr 1860 auch das auf dem Festland liegende Kowloon zufiel, musste das Qing-Reich ihnen im Jahr 1898 mit den sogenannten «New Territories» zusätzliche Gebiete auf dem gegenüberliegenden Festland überlassen – im Gegensatz zu dem zuvor erhaltenen Terrain allerdings nicht auf ewig, sondern nur für 99 Jahre. Diese 99 Jahre liefen 1997 aus. Da die Insel Hongkong ohne die New Territories nicht lebensfähig war, blieb den Engländern nichts anderes übrig, als Hongkong vollständig zurückzugeben. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission eingesetzt, die die Modalitäten aushandelte. Hongkong war nach der

Machtübernahme der Kommunisten 1949 zu einem blühenden Handels- und Industriezentrum herangewachsen, da eine große Zahl von chinesischen Unternehmern vor allem aus Shanghai dorthin geflüchtet war. Großbritannien hatte Hongkong immer als Modellprodukt eines geglückten Kolonialismus vermarktet. Niedrigsteuerpolitik gepaart mit einer effizienten Verwaltung und einer strategisch günstigen Lage waren Garanten des Erfolges gewesen. An eine Partizipation der Bürger hatte man allerdings, da die Sache auch ohne diese gut funktionierte, niemals gedacht. Erst der letzte englische Gouverneur Chris Patten kam in den 1990er-Jahren auf die Idee, die chinesische Bevölkerung gleichsam als Abschiedsgeschenk mit den Segnungen der westlichen Demokratie zu beglücken. Um die über fünf Millionen Einwohner Hongkongs nicht zu englischen Bürgern machen zu müssen, wie es das eigene Selbstverständnis eigentlich nahegelegt hätte, hatte das Vereinigte Königreich mit den Chinesen ausgehandelt, dass diese Hongkong ohne weitere Bedingungen erhalten würden, wenn sie sich verpflichteten, dessen Status und politisches System nach der Machtübernahme für fünfzig Jahre unverändert zu belassen. Nur so ließ sich rechtfertigen, dass man Untertanen der Krone einem Staat auslieferte, in dem nach eigener Auffassung Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Natürlich hatte die Volksrepublik China dieses Zugeständnis unter anderen Voraussetzungen gemacht, als sie Chris Patten nun schuf. Deshalb sorgte dessen demokratisches Experiment auf chinesischer Seite für nicht unverständliche Missstimmung.

Dennoch ließ sich Peking auf ein begrenztes Maß an Demokratie ein. Während einen Teil der Abgeordneten im Hongkonger Parlament Standesgruppen stellen, werden andere Teile tatsächlich vom Volk frei gewählt. Die ersten Wahlen zum Legislativrat – einer Art Parlament – der Stadt unter chinesischer Verwaltung gingen dann ganz anders aus, als sich dies westliche Beobachter ausgerechnet hatten: Das Maß an Zustimmung für die chinesische Seite war wesentlich höher als gedacht, und die prodemokratischen Parteien, die sich auf den aufgeklärten Mittelstand gestützt, die sozialen Verhältnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten aber vernachlässigt hatten, brachen ein. Dieser nur für westliche Beobachter erstaunliche Trend setzte sich auch in den Jahren 2000 und 2004 fort, wobei die Wahlbeteiligung deutlich auf 55 Prozent anstieg. Eine Mehrheit von Hongkongern schien sich nach der guten alten Vergangenheit weni-

ger zurückzusehen, als man das im Westen meinte. Die wichtigsten Versprechen wurden gehalten: Das Demonstrationsrecht und die Pressefreiheit blieben bestehen, Hongkong funktioniert nach wie vor nach völlig anderen Gesetzen als die Volksrepublik China. Für die Einreise nach Hongkong brauchen Chinesen immer noch eine Art Visum, die Grenze besteht weiter. Damit war das Modell «Ein Land – zwei Systeme» geschaffen.

Allerdings blieb nicht alles beim Alten. Wirtschaftlich – und das ist sicherlich der alles überragende Grund für Veränderungen in Hongkong – hat die Stadt mit Shanghai einen starken Konkurrenten erhalten, der ihr in der Gunst vieler Investoren den Rang abgelaufen hat. Trotz scharfer Grenzkontrollen gibt es eine hohe Zahl chinesischer Einwanderer, die den Rückgang der Geburten (die Rate sank 2005 mit 0,9 Kindern pro Frau auf ein weltweit einmalig niedriges Niveau, um sich durch Migration auf 1,2 Kinder 2015 zu erholen) mehr als wettmachen. Von 6,5 Millionen 1997 stieg die Einwohnerzahl bis 2017 auf 7,4 Millionen. Nach wie vor ist Hongkong ein wichtiges Pressezentrum, doch berichten Journalisten gerne von einer Selbstzensur, die man sich dort nun auferlegt habe, um die neuen Machthaber nicht zu verschrecken. Zwar wird von Hongkong aus an vielen chinesischen Missständen Kritik geübt, die sonst nicht laut werden würde, doch herrscht nicht mehr die gleiche Freiheit wie unter den Briten. Der Fall mehrerer Buchhandlungen, die in Hongkong zu Anlaufstellen für chinakritische Literatur wurden und deren Betreiber bei China-Reisen in Polizeigewahrsam genommen wurden, hat die Gemüter zusätzlich erregt.

Seit 2014 gerät Hongkong immer wieder dadurch in die Schlagzeilen, dass es zu Massendemonstrationen gegen die Regierung im fernen Peking kommt. Hintergrund war die weit verbreitete Hoffnung, dass es im Jahr 2017 zu einer freien Wahl des fünften Regierungsoberhauptes der Stadt kommen würde. Der Nationale Volkskongress (NVK) der VR China hatte in einem Beschluss aus dem Jahr 2007 die theoretische Möglichkeit eröffnet, dass von einem Wahlausschuss vorgeschlagene Kandidaten allgemein gewählt werden könnten. Nachdem der NVK dies jedoch 2014 ablehnte, kam es zu Demonstrationen, bei denen sich Teilnehmer durch das Aufspannen von Regenschirmen gegen Pfefferspray zur Wehr setzten. Bei den Wahlen zum Legislative Council 2016 erhielten Vertreter der aus der Protestbewegung hervorgegangenen Parteien 19 Prozent der Stim-